

MEINUNG

Rösler's Kopfpauschälchen

Wenig Aussicht auf große Reform des Gesundheitswesens

Selbst Fachleute dürften kaum auf Anheben wissen, wie viele Gesundheitsreformen es in den letzten Jahren schon gegeben hat. Wirklich gehalten hat keine. Nun also unternimmt die amtierende Bundesregierung einen neuen Anlauf. Und diesmal ist es um die Erfolgchancen besonders mies bestellt. Die FDP ist in der jetzt eingesetzten Kommission „zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung des Gesundheitswesens“ den Grundstein für eine radikale Wende in Richtung Kopfpauschale. Und die CDU sieht in dem Gremium ein Mittel zum Nachweis der Unmöglichkeit bestimmter Lösungen. Wer mag da an nachhaltige Lösungen glauben?

Dabei ist das deutsche Gesundheitswesen sehr wohl reformbedürftig. Eine sinnvolle Reform müsste aber Ausgaben und Einnahmen gleichermaßen im Blick haben. Die Regierung konzentriert sich lediglich auf letzteres. Und nicht einmal da hält sie, was der Kommissionsauftrag verspricht. In der Koalitionsvereinbarung ist ausdrücklich vermerkt, dass der Arbeitgeberanteil beim Beitrag eingefroren werden soll. Was das mit einer „sozial ausgewogenen Finanzierung“ zu tun hat, bleibt ihr Geheimnis. Nun lässt sich zweifellos über eine Gesundheitspauschale diskutieren, bei der die Sekretärin den gleichen einkommensunabhängigen Beitrag bezahlt wie ihr Chef. Genaue betrachtet ist das sogar gerechter als jetzt, denn der not-



Von Stefan Vetter

wendige Sozialausgleich müsste über Steuern finanziert werden, die der Chef in deutlich stärkerem Maße trägt als die Sekretärin. Auf diese Weise könnten alle Bürger für die Finanzierung des gesetzlichen Gesundheitswesens sorgen, auch die Bezieher hoher Einkommen. Aber das ist nur Theorie. In der Praxis ist das Steueraufkommen längst für andere Zwecke verplant. Konsequenz zu Ende gedacht bedeutet die Kopfpauschale auch eine schrittweise Verwischung der starren Grenzen zwischen privater und gesetzlicher Versicherung. Obendrein müssten nicht nur die Löhne und Gehälter zur Finanzierung herangezogen werden, sondern sämtliche Einkunftsarten. Denn warum sollte jemand einen sozialen Ausgleich bekommen, wenn er ein Grundstück gewinnbringend verpachtet? Das Ding käme aber einer Bürgerversicherung gefährlich nah. Und die hat sich die SPD auf die Fahne geschrieben.

Die Früchte der Reformarbeit sind schnell erklärt: Es wird kaum welche geben. Gesundheitsminister Philipp Rösler kann sich auf den Kopf stellen, dank leerer Kassen schrumpft sein Projekt im für ihn günstigsten Fall zum Pauschälchen, das schon jetzt in Form des Zusatzbeitrages existiert. Dafür braucht es keine Kommission mit acht Kabinettsmitgliedern.

Im Internet:
www.saarbruecker-zeitung.de/meinung

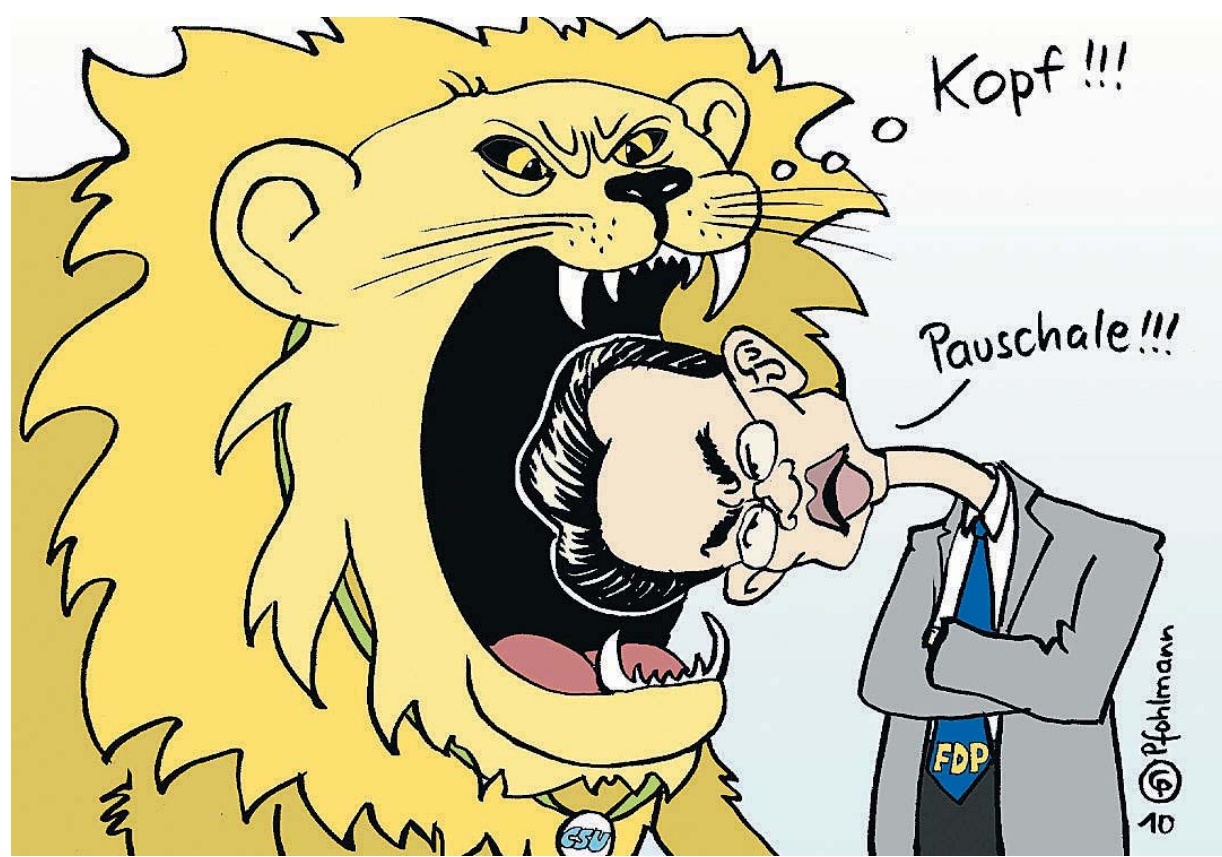
GLOSSE

Ehrlich dumm

Von Ulrich Brenner

Der Ehrliche ist der Dumme, wusste schon ARD-Ethiker Ulrich Wickert. Diese ernüchternde Einsicht wurde in Hannover ansichtlicher bestätigt, wo ein 38-Jähriger auf dem T-Shirt bekannte: „Ich fahre schwarz“. Schon muss er 500 Euro Strafe zahlen. Aus dem Urteil spricht die Kurzsichtigkeit von Leuten wie Heiko Maas oder Peter Jacoby, die ehrlichen Millionären an den Kragen wollen, weil die freimütig Steuerhinterziehung einräumen. Dabei hat

doch die NRW-CDU gezeigt, wie wichtig offene Worte sind. Oder hätten wir je den Minutenpreis für Jürgen Rüttgers erfahren, wenn seine Partei ihn nicht schwarz auf weiß eingefordert hätte? Also: Bekenntnisse müssen belohnt werden! Wir warten schon auf die T-Shirts namhafter Saarländer: „Ich wäre lieber Kultusminister“ (Christoph Hartmann), „... und ich Verfassungsrichter“ (Peter Müller) oder: „Ich habe Spenden von Ostermann erhalten“ (Hubert Ulrich). Bleibt strafrei, versprochen. Wir würden's nur zu gerne wissen.



Dompteur Rösler.

Karikatur: Pfohlmann

In der Krise ist vor allem Griechenland selbst gefragt

Stabilitätsprogramm umsetzen – Europäischer Währungsfonds nötig

Von Jorgo Chatzimarkakis

Saarbrücken. Kampf gegen drohenden Staatsbankrott, Kampf um das Vertrauen der europäischen Partner: für Griechenland steht zurzeit viel auf dem Spiel. Das Land macht einen echten „Finanzkrimi“ durch. Und der Ausgang ist mehr als ungewiss – sollten jetzt nicht die Lehren aus der Krise gezogen werden.

Aber auch für Deutschland wirft der Fall Griechenland Fragen auf: Bleibt der Euro eine harte und stabile Währung oder wird er zum „Gummigeld“, dem Investoren ebenso wie Bürger misstrauen? Deutschland als Architekt des Euros kann nicht zulassen, dass die unsolide Haushaltsführung einiger Mitgliedstaaten die Fundamente der Währung untergräbt. Denn es ist nicht Griechenland allein, das im Fokus der Finanzmärkte steht. Die EU-Kommission spricht von den Wackelkandidaten als den „Pigs“ (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien).

Auf die Eurozone kommt die enorme Verantwortung zu, dafür zu sorgen, dass der Euro eine harte Währung bleibt. Dabei ist vor allem Griechenland selbst gefragt. Die EU sollte in einem ersten Schritt Hilfe zur Selbsthilfe geben. Dies könnte etwa durch einen EU-Sonderbeauftragten geschehen, der die Sparbemühungen der Griechen genau beobach-

tet, damit der griechische Brandherd nicht zu einem europäischen Flächenbrand wird. Das Stabilitätsprogramm Athens muss sofort umgesetzt werden, sonst nützt es nichts. Erst dann könnte finanzieller Beistand mittels Bürgschaften oder dem Verkauf griechischer Staatsanleihen erfolgen. Griechenland sowie die anderen Defizitsünder müssen auf den Pfad der Finanztugend zurückgeführt werden. Die EU hat jetzt nach wochenlanger Un-

Dass der griechische Haushalt nicht ganz lupenrein war, wurde bereits 2004 bekannt. Zwar hat das Europäische Statistikkartell (Eurostat) den Athener Zahlen schon länger misstraut, doch leider haben die EU-Statistiker bisher keine Prüfungsrechte in den Mitgliedstaaten. Daran ist auch Berlin schuld, das entsprechende Bemühungen der EU-Kommission seit Jahren vereitelte. Nun will die Kommission die Befugnisse von Eurostat stärken. Das ist auch dringend notwendig. Vor den Türen des exklusiven Clubs der Euromitglieder (derzeit 16 Länder) stehen schon die nächsten Kandidaten. Ein Hineinmögeln darf es nicht mehr geben.

SZ-Gastbeitrag

tätigkeit die richtigen Schritte unternommen. Erst letzte Woche stellten die EU-Finanzminister den Griechen-Haushalt unter Zwangsverwaltung. Das Defizit von 12,7 Prozent soll noch in diesem Jahr um vier Prozentpunkte gedrückt werden.

Das ist ein harter Einschnitt und doch die konsequente Folge aus der unsoliden Haushaltsführung und den Bilanztricksereien der Vergangenheit. Allem Anschein nach hat die griechische Vorgängerregierung mit Hilfe einer US-Investmentbank Defizite geschönt. Ein Skandal: Das Finanzinstitut soll Millionen an diesen Tricksereien verdient haben – was legal, jedoch illegitim ist. Das sollte sich nicht wiederholen und künftig durch EU-Recht verboten werden.

Der Stabilitätspakt reicht zur Sicherung des Euro nicht mehr aus. Neben einer strikten Überwachung durch die EU brauchen wir eine Art Europäischen Währungsfonds (EWF). Die Mittel des IWF in Washington zur Rettung Griechenlands herbeizuziehen, wäre falsch. Richtig wäre es jedoch, seine Methoden anzuwenden. Der Fall Griechenlands lehrt uns: Wir brauchen einen EWF mit einer klaren Aufgabenstruktur. Nur so können wir unsere Währung langfristig sichern.

Jorgo Chatzimarkakis (FDP) aus Perl ist Mitglied des Europäischen Parlaments. Er hat neben der deutschen auch die griechische Staatsbürgerschaft.

PRESSESCHAU

Der „Mannheimer Morgen“ kommentiert die Sponsoring-Affäre der NRW-CDU:

Im Grundgesetz steht, Abgeordnete sind an Weisungen nicht gebunden. Spötter fügen hinzu: ... nur an Überweisungen. Nur ein schlechter Scherz? (...) Wer Einfluss auf Entscheidungen der Regierung gegen Bezahlung anbietet, verletzt den verfassungsrechtlichen Grundsatz gleicher Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess.

Aus Sicht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ist die Affäre für Ministerpräsident Rüttgers noch nicht ausgestanden.

Von nichts eine Ahnung haben zu wollen, was seit Jahren Praxis ist, heißt im günstigsten Fall, dass er die Marionette seiner teilweise recht unerfahrenen Ratgeber war und selbst keinen Einfluss darauf hatte, mit wem er am Tisch saß. Im ungünstigeren Fall hat er hier die Unwahrheit gesagt und den Ahnungslosen nur gespielt. Und das könnte ihn den Kopf kosten.

Zu neuen Misshandlungs-Fälle bei der Bundeswehr schreibt der „General-Anzeiger (Bonn):

Vermutlich werden auch die jetzt bekannt gewordenen Exzesse nicht die letzten Auswüchse dieser Art bei der Bundeswehr sein. Dagegen helfen nur aufgeklärte Vorgesetzte auch auf Ebene der Unteroffiziere. Doch nicht selten sind sie in solchen Fällen selbst Teil des Problems.

Der „Münchner Merkur“ bemerkt zur Aussetzung des Luft-hansa-Streiks:

Eine katastrophalere Niederlage hat selten eine deutsche Gewerkschaft (...) hinnehmen müssen. Zu Recht. Wer so tief in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit eingreifen will, verlässt den Boden des deutschen Streikrechts und jeder wirtschaftlichen Vernunft in einer Zeit, in der weltweit immer mehr Airlines ins Trudeln geraten.

KORREKTUR

Auf der Seite A3 von gestern fehlt beim Hintergrund für die Berechnung des Alkohol-Spiegels im Blut eine wichtige Klammer: Die Formel laut Deutscher Hauptstelle für Suchtgefahren lautet für Männer richtig: Getrunkenen Alkohol in Gramm geteilt durch das mit 0,7 multiplizierte Körpergewicht in Kilogramm – bei Frauen geteilt durch das mit 0,6 multiplizierte Körpergewicht in Kilogramm.

Produktion dieser Seite:

Ulrich Brenner
Peter Stefan Herbst

LESERBRIEFE

Meine Antwort



Alfred Schön,
Mitarbeiter der
Saarbrücker
Zeitung, meint dazu:

Sehr geehrter Herr Johann,

Sie liegen wohl richtig: Die FDP hat den Einzug in den Saar-Landtag sicher auch ihrem Einsatz für die Raucherneigenen zu verdanken. Nach Ihren Maßstäben für Wahlbetrug dürfte es jedoch überhaupt keine Koalitionen geben. Jede Partei, die ein Regierungsbündnis eingeht, ist zu Abstrichen am eigenen Programm verdammt. Mal Hand aufs Herz: Hätten die Liberalen lieber die harten Oppositionsbänke statt der weichen Sitze in Minister-Dienstwagen wählen sollen, weil sie die eigenen Vorstellungen zu Raucherneigenen mit den Grünen nicht durchsetzen konnten? So abstoßend ist Macht auch nicht. Ihr Alfred Schön

ALKOHOL

Bei Männern wird keine Kritik geübt

Zum Artikel „Bischöfin Käßmann wegen Trunkenheit am Steuer unter Druck“ (24. Februar)

Ungeheuerlich! Hier wird öffentlich eine Trunkenheitsfahrt bewertet. Nur am Rande: Bei männlichen Politikern findet man so ein Vergehen eher menschlich und lustig. Na ja: Wer ohne Schuld ist, werfe den ersten Stein. Viel ungeheuerlicher finde ich jedoch die Tatsache, dass eine Trunkenheitsfahrt sogar mit dem dazugehörigen Promillewert in die Öffentlichkeit kolportiert wird. Rücktrittsforderungen sollten gegenüber denjenigen laut werden, die sich auch in diesem Fall aus purem Populismus über Datenschutzbestimmungen hinwegsetzen. Dass aus Kreisen von Polizei oder Justiz derartige Informationen weitergegeben werden, ist der eigentliche Skandal. Peter Mersdorf, Saarbrücken

MISSBRAUCH

Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel

Zum Artikel „Erzbischof Zollitsch entschuldigt sich bei Missbrauchsoffern“ (23. Februar)

In erschreckendem Ausmaß mehren sich Missbrauchsfälle katholischer Geistlicher an Kindern und Jugendlichen. Es ist höchste Zeit, dass die Obrigkeit der Kirche außer Entschuldigung und Entschädigung das Übel an der Wurzel packt. Reformen bei der Kirchenführung sind dringend notwendig. Die Abschaffung des Zölibats hat neben einer grundlegenden sexuellen Aufklärung angeheurer Priester Priorität. Man kann nicht Missbrauch Schutzbefohlenen als ein von außen geprägtes Problem darstellen und Verbrechen von so großer Tragweite innerhalb der Kirche von sich weisen. Die Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche wird mehr und mehr infrage gestellt. Inge Benard, Wadgassen

Ihr Schreiben

Ohne die Raucher weg vom Fenster

Zum Artikel „Gesetz über Nichtrauchererschutz in der Kritik“ (SZ vom 10. Februar)

Vor der Wahl hat Christoph Hartmann groß getönt: Kein strengeres Rauchverbot, wir sind für die Raucher. Daher ist das Verhalten der FDP Wahlbetrug. 60 Prozent der Wirte und ihrer Gäste haben FDP gewählt: Ohne diese Stimmen wäre sie weg vom Fenster. Oder glaubt die FDP, sie hätte die ganzen Stimmen wegen ihres

schönen Außenministers bekommen? Da nützt auch ein entschuldigendes Weihnachtsbriefchen an alle Gastronomen nichts. Mancher Politiker wäre besser Märchenonkel beim Rundfunk geworden. Hauptsache, der Hubert Ulrich hat sein persönliches Kampffeld durchgesetzt. Er ist der göttlich berufene, allwissende Politiker, der uns sagt, was wir zu tun haben. Früher nannte man das Diktatur. Das Schlimme ist, dass sich CDU und FDP um der Macht willen haben erpressen lassen. Hauptsache, die Pensionsansprüche stimmen. Auch die Altersbezüge der Herren Ulrich und Hartmann werden mit von der Tabaksteuer finanziert. Franz Johann, Merzig

Liebe Leserinnen, liebe Leser, wir freuen uns über Ihre Leserbriefe zu Themen, über die die Saarbrücker Zeitung berichtet hat. Damit ein möglichst großer Leserkreis zu Wort kommen kann, müssen Zuschriften gekürzt werden. Anonyme oder fingierte Briefe sowie beleidigende Texte veröffentlichen wir nicht. Gleiches gilt für Zuschriften, deren Inhalt nicht dem Grundgesetz entspricht. Politische Funktionsträger und offizielle Stellen dürfen sich generell nicht auf Leserbrief-Seiten äußern. Gleiches gilt für Vereins- oder Verbandsvertreter, die sich in eigener Sache zu Wort melden. Zum Abdruck von Leserbriefen sind wir nicht verpflichtet. Die Redaktion trägt die presserechtliche, aber nicht die inhaltliche Verantwortung für veröffentlichte Zuschriften. Bitte geben Sie immer Ihre Anschrift und Telefonnummer an.

Leserbrief-Redaktion:
Telefon: (06 81) 5 02 20 41, Fax: (06 81) 5 02 20 79, E-Mail: leserbrieftext@sz-sb.de

**SAARBRÜCKER ZEITUNG
GEGRÜNDET 1761**

Chefredakteur:
PETER STEFAN HERBST
Stellvertretende Chefredakteure:
BERNARD BERNARDING
PETER SERINGHAUS

Chef vom Dienst: Aloisius Tritz, Art-Director: Robby Lorenz, Politik/Nachrichten/Wirtschaft: Ulrich Brenner (Leiter), Monika Kühn (Leiterin), Landespolitik/Region/Kultur: Oliver Schwambach (Leiter), Dietmar Klostermann, Guido Peters (beide stellv. Leiter), Sport: Mark Weishaupt (Leiter), Klaus Kalsch (stellv. Leiter), Motor/Reise/Spezialthemen: Peter Bylka (Leiter), Martin Lindemann, Thomas Reichardt (beide stellv.), Chefredakteur: Michael Jungmann, Reporter/Recht: Wolfgang Jil, Reporter: Cathrin Ess-Seringhaus, Gerhard Franz, Regionalredaktion Mitte: Dr. Ilka Desgranges (Leiterin), Doris Döpke, Alexander Will (beide stellv.) für die Lokalausgaben Saarbrücken, Sulzbachtal/Fischbachtal, Köllertal, Völklingen/Wärndt, Regionalredaktion West: Volker Fuchs, Mathias Winters (beide Leiter) für die Lokalausgaben Merzig-Wadern, Saarlouis, Dillingen und St. Wendel, Regionalredaktion Ost: Manfred Krause (Leiter), Peter Neuheisel (stellv. Leiter) für die Lokalausgaben Homburg, St. Ingbert und Neunkirchen, Berliner Büro: Werner Kollhoff (Leiter), Hagen Strauß, Stefan Vetter, Internat./Saarland-Online: Christian Latour (Leiter), www.saarbruecker-zeitung.de; Anne Funk (Leiterin). Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr.

Geschäftsführung (VORSITZENDER):
DR. JOACHIM MEINHOLD (FRÜHERIGER)
CHRISTIAN ERHORN

Verlags-geschäftsführer:
THOMAS DEICKE

Verlagsleitung:
MICHAEL SCHMIEBER, THOMAS MARX

Druck und Verlag Saarbrücker Zeitung, Verlag und Druckerei GmbH, 66103 Saarbrücken, Gutenbergstr. 11-23, Tel.: (06 81) 502-0, Saar-LB Kto. 7907-008, BLZ 590 500 00, Postverlagsort Saarbrücken, Erscheint täglich außer sonntags, Bezugspreis inkl. Zustellung 25,90 € bei monatlicher Zahlung, bei Postbezug 30,10 €. Postbezug Ausland 51,50 € (im Inland einschl. 7 % MwSt.). Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Abbestellungen nur schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende. Vertriebe: Thomas Marx, Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Leistung. Anzeigen laut Preisliste Nr. 58 ab 1. Januar 2010. Für private Gelegenheitsanzeigen gilt die Preisliste Nr. 15 ab 1. Januar 2010. Anzeigen: Michael Schmieder, Bredelstraße der Redaktion, der verantwortlichen Redakteure und der Verantwortlichen für den Anzeigentel: Gutenbergstr. 11-23, 66103 Saarbrücken.
www.saarbruecker-zeitung.de; www.sol.de
Ab-Service: (06 81) 502 502
Privatanzagen: (06 81) 502 503
Redaktion: (06 81) 502 504